

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, luchs@schatten-kabinett.ch

- Mitglied «Die Mitte» (www.die-mitte.ch)
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor www.schatten-kabinett.ch
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer www.acad.jobs : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf www.schatten-kabinett.ch sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Buchbesprechungen ersetzen nicht die Lektüre des Originals. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammenhänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

Wilhelm Röpke in der parlamentarischen Praxis I: Bedingungsloses Grundeinkommen - Freiheit für den **ökonomischen Dadaismus**

Am Mittwoch den 22. November 2017 hat das Parlament der Stadt Zürich das Postulat «Durchführung eines Pilotversuchs mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen» angenommen. Man kann, und soll *auch*, diese Vorlage mit ökonomischen, finanz- und sozialpolitischen Argumenten bekämpfen. Wichtiger ist hingegen, dass wir den Kampf auf dem gegnerischen Gebiet selber führen, weil Wilhelm Röpke (v.a. «Jenseits von Angebot und Nachfrage») uns mit sehr guten Argumenten und Formulierungen ausgestattet hat. Sprechen auch wir Liberalen doch mal von Menschenwürde, vom Menschenbild und der Würde der Arbeit. Gemeinderat Christoph Luchsinger (damals FDP) argumentierte genau so.

Sie finden in diesem Dokument:

- Offizieller Link zum Geschäft auf der Gemeinderatsseite: <http://www.gemeinderat-zuerich.ch/geschaefte/detailansicht-geschaeft?gld=7f9bf8ae-5a0e-498b-89f7-e462251fedfd> mit Link zum Audioprotokoll. Die beiden Beiträge von Christoph Luchsinger:
 - http://audio.gemeinderat-zuerich.ch/audio/Sitzung%20175%20vom%2022.11.2017/1511369732961_1511371357303.mp3
 - http://audio.gemeinderat-zuerich.ch/audio/Sitzung%20175%20vom%2022.11.2017/1511369732961_1511373705537.mp3
- NZZ-Berichterstattung: <https://www.nzz.ch/zuerich/alles-anders-oder-doch-nicht-ld.1331551>
- Tagesanzeiger-Berichterstattung: <https://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/fuer-ein-experiment-mit-gratisgeld/story/30436422>
- Regionaljournal: <https://m.srf.ch/sendungen/regionaljournal-zuerich-schaffhausen/stadt-zuerich-soll-bedingungsloses-grundeinkommen-testen>

Nachfolgend schweizerdeutsch angepasst (!) der Text der beiden Reden von Gemeinderat Christoph Luchsinger:

1. Rede

Herr Ratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Bei dieser Motion zum bedingungslosen Grundeinkommen gibt es zwei Punkte, wo mir persönlich gefallen: es ist ein dezentraler Ansatz und: es wird experimentiert.

Will jetzt aber begründen, warum FDP die Motion ablehnt.

- Man kann diese Motion von den Finanzen her anlügen und das sollte eigentlich schon langem – weil *ihre* Lösung ist nicht finanzierbar und hätte massiv höhere Steuern zur Folge. *Mir persönlich* ist aber eine Argumentation mit der Menschenwürde und dem Menschenbild in dem Fall noch wichtiger.
- Wir Freisinnigen wollen dass Sozialpolitik Arbeitsanreize erhalten tut, damit wer kann, für sich selber und die Anvertrauten sorgt und damit anderen nicht zur Last fällt.
- Ich gehe zu Recht davon aus, dass in jedem Land 90 % der Menschen für sich selber sorgen und vorsorgen könnten, wenn der Staat sie nicht durch exorbitante Steuern und andere Massnahmen daran hindert. Hindern tut eben auch ein ausufernder Sozialstaat. Während die gezielte, an Bedingungen geknüpfte, Hilfe an die bedürftige 10 % der Bevölkerung unbestritten ist, hat ein unkontrolliert wachsender Sozialstaat mehrere gravierende Folgen auf verschiedene weitere Bevölkerungsgruppen:
 - Sozialstaat verliert Akzeptanz bei Menschen, wo ohne je selber den Sozialstaat in Anspruch nehmen zu müssen, diese wachsenden Ausgaben finanzieren müssen. Solche Menschen verlangen von uns zu Recht eine gezielte Sozialpolitik.
 - Mittelschicht: Vielen Menschen wollen und *könnten* für sich selber sorgen, wenn der Staat sie nicht so stark besteuern würde, um genau den Sozialstaat zu finanzieren. Es sind Menschen, wo *wegen dem Staat* anderen zur Last fallen. Eine ausufernde Sozialpolitik verletzt damit die Menschenwürde von diesen Menschen.
 - Neben Besserverdienenden, Mittelschicht und den 10 % die Hilfe zu Recht erhalten, gibt es auch eher wenig Motivierte: In einem falsch konstruierten Sozialstaat werden die sich so verhalten, wie man sich realistischerweise das Verhalten von einem gewissen Teil der Menschen leider vorstellen sollte. Konkret: sie werden kaum mehr schaffen. Bitte Linke um ein realistisches Menschenbild:
 - **«In einem schlechten System**
 - **wie sie es jetzt wollen**
 - **schaffen dann auch Motivierte neu schlecht –**
 - **in einem guten System**
 - **wo wir bis jetzt haben**
 - **schaffen auch wenig Motivierte gut.»**

- Wir haben heute ein sehr gut ausgebautes Sozialsystem. Es basiert auf den eidgenössischen Sozialwerken und auf erprobten Prinzipien der Subsidiarität und berücksichtigt unseren dezentralen Staatsaufbau:
 - Am Anfang ist Selbsthilfe: jeder versucht zuerst aus eigener Kraft aus Problemen herauszufinden.
 - Wenn das nicht langt, gibt es Freunde und freiwillige Hilfsorganisationen.
 - Wenn dies immer noch nicht langt, haben wir eine Sozialhilfe, wo an Bedingungen geknüpft, auf Antrag Hilfe gewährt, wo optimal wieder zurückgezahlt wird.
 - Diese Rückzahlung sollte eine Selbstverständlichkeit sein und ist – trotz finanzieller Mehrbelastung über eine längere Zeit – wichtig, weil die Menschenwürde erhalten bleibt. Ich bin als Freisinniger fest davon überzeugt, dass auch Menschen, wo eine Rückzahlung ungerne und unfreiwillig machen, sich danach besser fühlen und besser entwickeln.
 - Damit ein Sozialsystem nachhaltig ist, gibt drei Kriterien wo erfüllt sein müssen damit einere Person Hilfe gewährt wird:
 - 1. macht betroffene Person genug Eigenanstrengungen**
 - 2. ist sie ohne eigenes Verschulden in Probleme gekommen**
 - 3. kann ohne Hilfe von aussen nicht aus Problemen herauskommen.**

Wenn diese drei Kriterien erfüllt sind, soll der Staat helfen!
 Sie redet aber von *bedingungslosem* Grundeinkommen. Also diese drei Kriterien (Eigenanstrengung, kein eigenes Verschulden, schafft es selber nicht) sind *alle* gar kein Thema. Ansatz von ihnen ist also so falsch und quer, dass nicht einmal das Gegenteil richtig ist.

FDP sagt klar Nein zur Motion!

2. Rede:

Herr Ratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

- Die linke Sicht zur Digitalisierung ist **ökonomischer Dadaismus** - Dada/Dadaismus muss ja keinen Sinn geben; insofern passt das zu Ihrer Art der ökonomischen Analyse.
 - Was Sie mit dieser Motion bieten ist eine Lösung auf der Suche nach dem Problem: Diverse Studien zeigen, dass Dank der Digitalisierung, gerade in der Schweiz mit gut ausgebildeter Bevölkerung und relativ freiheitlichem Arbeitsmarkt *sehr breit mehr Jobs* geschaffen werden. Soviel zum massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen.
 - Wenn die Linke *jetzt* argumentieren will, dass durch die Digitalisierung Arbeitsplätze unter dem Strich verloren gehen: dann erwarte ich von Ihnen in der kommenden Budgetdebatte bitte nachvollziehbare Antworten auf die Frage, wieso die allgemeine Verwaltung der Stadt Zürich immer mehr Stellen braucht.
 - Es gibt leider Working Poors, trotz Weiterbildungsmassnahmen. Grund ist einfach: Gibt es in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung keinen Mechanismus, wo garantiert, dass jede Person, welche voll arbeitet, dabei auch genug Geld zum Leben verdient. Das sind wie zwei getrennte Welten: Auf der einen Seite der Arbeitsmarkt mit Löhnen, welche im Wesentlichen von Angebot und Nachfrage bestimmt werden und auf der anderen Seite die Lebenshaltungskosten. Da ist kein Mechanismus vorhanden, dass das was man auf der einen Seite verdient auch für die andere Seite langet. Aber wir Freisinnigen kennen auch eine Welt jenseits von Angebot und Nachfrage: auch wir Freisinnigen wollen, dass denen geholfen wird. Das ist eine politische Forderung – da braucht es den Staat und er ist schon da. Das ist mit Lohnzuschüssen und diversen anderen Massnahmen bereits erfüllt, aber an Bedingungen geknüpft.

Sie sehen, ein echter Liberaler verschliesst sich nicht der Realität und erkennt die Existenz grosser Probleme und Misstände auch in einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an. *Aber* er macht nicht wie die Linke zwei zentrale Fehler:

- Erstens: ihr Glaube, dass die freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung *ursächlich* verantwortlich für die Misstände ist und
- zweitens bei der Suche nach Lösungen sind wir **weder staatsfeindlich noch staatsgläubig sondern haben gesunde Staatskepsis**: mir glauben nicht, dass alle Probleme und Misstände mit direkten staatlichen Eingriffe so einfach gelöst werden können und beobachten leider häufig im Gegenteil, dass viele Staatseingriffe die Sache nur schlimmer machen.

Für *mich* haben Arbeitnehmer einen Berufsstolz, ein Empfinden für Sinn und Würde und Schönheit vom Beruf und kennen den gesellschaftlichen Platz und Bedeutung von ihrer eigenen Arbeit. Dienst am Kunden ist für sie wichtig,

Berufs-Ehre, Hilfsbereitschaft. Bei fast allen schliesst an eine anstrengende Lehre nahtlos permanente Weiterbildung an. Der bezahlte Lohn für gewissenhafte, saubere Arbeitsverrichtung ist *auch* eine Anerkennung der Arbeitsleistung wo sie gemacht haben. Und wenn Sie jetzt ein *bedingungsloses* Grundeinkommen einführen wollen, ist das auch eine Beleidigung und Geringschätzung, ja eine grenzenlose Verachtung der Arbeitnehmer und ihrer Tätigkeit und Anstrengung.

Wir haben in der Schweiz eine relativ gezielte, staatliche Sozialpolitik und dazu stehen wir auch – subsidiär zum

- vielfältigen, freiwilligen sozialen Engagement von vielen Unbekannten und Ungenannten in der Zivilgesellschaft,
- wo die Linke sträflichst und bewusst und gerne ignorieren
- weil sie das freiwillige Engagement im tiefsten Inneren ablehnen
- anstatt glaubwürdig willkommen zu heissen,
- weil das ist eine Konkurrenz zur staatlichen Sozialpolitik.

Was Sie machen wollen ist nicht nur Sozialpolitik mit der Giesskanne – eine Giesskanne kann man auch relativ gezielt einsetzen – das weiss jeder Gärtner: Sie wollen Sozialpolitik machen wie Evita Perón, Gattin des faschistischen Militärdiktator Juan Perón im Argentinien von den 40er und 50er Jahre, wo teils, bildlich gesprochen, aus fahrendem Zug zufällig öffentliche Gelder und Geschenke denen Leuten zuwarf, wo ihr grad zujubelten: **Das ist nicht mehr Sozialpolitik mit der Giesskanne, sondern mit dem Sprinkler - immer an und in alle Richtungen.**

Für FDP ist diese Motion (auch als Postulat) in-ak-zeptabel!

Reserve:

- Bedingungsloses Grundeinkommen ist gar nicht so bedingungslos: Bedingung ist nämlich, dass es andere finanzieren!
- Negative Einkommenssteuer & gleichzeitige Abschaffung aller Sozialwerke:
 - JA
 - aber praktisch bauen andere danach doch wieder alle Sozialwerke auf – gefährlich für ganze Schweiz (Theoretisch gut, Praktisch schlecht)
 - in der lokalen Sozialhilfe eventuell denkbar